

Tabak-Arbeiter

Nr. 23 / Bremen, den 8. Juni 1929

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. Glückwünsche und Todesanzeigen sowie Arbeitsgesuche: Expedition des „Tabak-Arbeiter“. Andere Inserate und Beilagen: „W e r b a“ Gesellschaft für Anzeigen und Verlagswesen m. b. H., Berlin SW. 11, Königgräber Str. 97. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung, Bremen. Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanst. S. H. Schmalefeld & Co. Redaktionschluss Montagabend

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt Domsheide 26780. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Frohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Allee Bremen. Verbandsvorläufiger: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsausführungsvorläufiger: L. Schöne, Hamburg, Wejenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

Gewerkschaften und Berufsschulen

Die in der Nachkriegszeit in den einzelnen Ländern getroffenen Regelungen des Berufsschulwesens sehen in den meisten Fällen die Mitarbeit der Gewerkschaften vor.¹ Die geltenden Bestimmungen sind noch zuwenig bekannt und werden in viel zu geringem Umfang ausgenutzt. Dieser Aufgabenzweig wird aber steigende Bedeutung erfahren müssen, ihm sollte sorgsamere Beachtung geschenkt werden. Es sei zunächst die preußische Regelung aufgeführt, die der anderen Länder folgen.

Preußen hat sein Berufsschulwesen geregelt durch das „Gesetz, betreffend die Erweiterung der Berufs- (Fortbildungs-) Schulpflicht vom 31. Juli 1923“. Die landesgesetzliche Festlegung der Berufsschulpflicht bringt dieses Gesetz nicht. Es folgt wiederum dem in der Gewerbeordnung enthaltenen Grundgedanken, nach dem die Gemeinden durch Ortsatzung die Schulpflicht festlegen können. Wohl aber erweitert das Gesetz den durch die Gewerbeordnung gezogenen Rahmen der Berufsschulpflichtigen und unterwirft alle aus der Volksschule entlassenen, beschäftigten oder wohnhaften Jugendlichen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren der Berufsschulpflicht, auch dann, wenn sie noch keinen Beruf, keine Arbeitsstelle gefunden haben.

Die Mitarbeit der Gewerkschaften ergibt sich aus den §§ 1, 6 und 10. Vor der Errichtung einer Berufsschule sind nach § 1 die beteiligten Berufsvertretungen gutachtlich zu hören. Unter Berufsvertretungen sind nicht nur die Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern zu verstehen, sondern auch die Gewerkschaften, wie der Kommentator des Gesetzes, v. Seefeld, bemerkt. Die Anhörung kann mündlich oder schriftlich erfolgen. Sie gilt im letzteren Falle zufolge der zum Gesetz ergangenen Ausführungsanweisungen vom 29. Dezember 1923 als erfolgt, „wenn nicht binnen zwei Wochen eine schriftliche Äußerung eingegangen ist“. Weiter ist — nach § 10 — den beteiligten Berufsvertretungen vor dem Erlass der Satzung Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die Satzung ist gewissermaßen das für den Ort geltende Schulgesetz, und im Benehmen mit der sozialdemokratischen Kommunalfraktion wird auf Fassung und Inhalt Einfluß zu nehmen sein. Werden doch durch die Satzung die Vorschriften erlassen, welche die Dauer der Schulpflicht festsetzen, die Ordnung in der Berufsschule, die wirksame Erteilung des Unterrichts und die Erreichung des Erziehungszieles sichern. Weiter kann sie Vorschriften über die Verhängung von Schulstrafen und die Art ihrer Durchführung enthalten, und sie bestimmt näheres über die zahlenmäßige Vertretung der einzelnen zur Teilnahme berechtigten Gruppen im Schulvorstand.

Grundsätzlich bestimmt der § 6 die Zusammensetzung des Schulvorstandes, der an der Verwaltung der Schule „zu beteiligen“ ist. Der Gesetzgeber wählte diese Bezeichnung, da bestimmte Aufgaben (z. B. Haushalt) den gesetzlichen Organen des Schulträgers, andere dagegen (z. B. Dienstaufsicht über die Lehrer) den Schulaufsichtsbehörden dem Wesen der Sache nach überlassen bleiben müssen. Der Schulvorstand muß aus Vertretern der Gemeinden, den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern, aus dem Leiter und mindestens einem von der Lehrerschaft der Schule zu wählenden Berufsschullehrer bestehen. Die Ausführungsanweisungen geben dem Schulvorstand die Aufgabe, „das Zusammenarbeiten zwischen den an der Schule beteiligten Berufsgruppen, den Eltern und der Lehrerschaft zu fördern“. Ist nach den Gemeinde-Verfassungsgeetzen eine sogenannte (Schul-) Deputation gebildet, so werden deren Befugnisse vom Schulvorstand nicht berührt. Hingegen kann die De-

putation die Aufgaben des Schulvorstandes übernehmen, sich selbst zum Schulvorstand für sämtliche Berufsschulen des Ortes ermächtigen. In größeren Städten wird dieser Zustand die Regel bilden, doch muß in solchem Falle die Zusammensetzung der Deputation der Vorschrift des Gesetzes entsprechen, also auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ihren Mitgliedern zählen.

Dem Schulvorstand oder der Deputation bleibt es überlassen, für einzelne Berufe oder Berufsgruppen sogenannte „Fachauschüsse“, besser Fachbeiräte, Schulbeiräte genannt, einzusetzen. Diese Schulbeiräte wirken dann in engster Fühlung mit der Schule, ihre Einsetzung soll zumindest dort erstrebt werden, wo die Deputation dem Schulvorstand gleichzusetzen ist. Sie bestehen in gleicher Anzahl aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Vertretern des Lehrerkollegiums. Es ist zweckmäßig, ihr Aufgabengebiet festzulegen.

Beispielgebend dürfte die von der Stadt Berlin erlassene „Ordnung für die Beiräte und Fachauschüsse an den Berufsschulen“ sein. Nach dieser erstrecken sich die Besprechungen der Beiräte auf Fragen des Schulbetriebes, der Schulzucht, der körperlichen, geistigen, fachlichen und sittlichen Ausbildung der Schüler. Bei der Festsetzung von Sittennoten im Entlassungszeugnis ist der Beirat vorher zu hören, sofern die Noten geeignet sind, das Fortkommen des Schülers zu erschweren. Der Beirat hat das Recht, der Deputation Anträge und Anregungen zu unterbreiten, ihm kann mit Zustimmung des Schulleiters der Besuch des Unterrichts gestattet werden. Auf seinen Antrag kann zu den Sitzungen ein Vertreter des Schülersausschusses geladen werden, der mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilnehmen kann, eine Bestimmung, die geeignet ist, dem Jugendlichen eine positive Einstellung zur Schule zu geben. Für die gleichen Berufsgruppen der verschiedenen Schulen können Fachauschüsse gewählt werden, auf die sinngemäß die entsprechenden Bestimmungen für die Beiräte anzuwenden sind.

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten auch für das ländliche und gärtnerische Fortbildungsschulwesen (§ 12). Doch hat das Ministerium für Landwirtschaft, dem diese Schulen unterstehen, besondere Ausführungsanweisungen erlassen, die aber grundsätzlich mit den vom Handelsministerium ergangenen übereinstimmen. Die ländliche Fortbildungsschule trägt noch nicht den Namen Berufsschule, sie schwankt zwischen beruflichem Unterricht und allgemeiner Erziehungsanstalt. Die Entwicklung biegt hier erst langsam in die Richtung des fachlichen Unterrichts ein, es fehlt einerseits noch an geeigneten, besonders vorgebildeten landwirtschaftlichen Lehrern, andererseits weisen die zumeist kleinen Schulen eine sehr mannigfaltige Zusammensetzung auf. Ihre Besucher sind nicht nur die Jugendlichen aus der Landwirtschaft, sondern auch aus den gewerblichen Berufen auf dem Lande und den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben, wie Molkereien, Brennereien, Zuckerrfabriken u. a. Wohl zwei Fünftel der Besucher wären besser in gewerblichen Klassen untergebracht. Es wird von bestimmter Seite oft die Meinung geäußert, der Landwirtschaftliche Betrieb in seiner Abhängigkeit von der Witterung, vom Jahres- und Tagesablauf, gestatte kaum einen regelmäßigen Schulbetrieb. Diese Schwierigkeiten sind aber keineswegs unüberwindlich, und die Klagen über sie werden schon seltener, denn bei zentralen landwirtschaftlichen Organisationen ist die Einsicht in die Notwendigkeit landwirtschaftlicher Berufsschulen im Steigen begriffen. Es kann eine wesentliche Arbeit des Schulvorstandes sein, diese Einsicht in allen Kreisen und im kleinsten Dorfe vertiefen zu helfen. Etwa vorhandenen Strömungen, die Unterrichtsdauer zu verringern, ist Widerstand entgegenzusetzen. Die Ausführungsanweisungen sehen sechs Stunden pro

¹ Siehe: „Mitarbeit der Gewerkschaften in den Berufsschulen“, Gewerkschaftszeitung, Seite 261.

Woche vor, lassen es aber zu, den Unterricht zu „gewissen Jahreszeiten stärker auszudehnen, zu anderen einzuschränken, vorausgesetzt, daß im (Winter-) Halbjahr im ganzen mindestens 120 Stunden erreicht werden“. (Die ländliche Fortbildungsschule ist nicht zu verwechseln mit der landwirtschaftlichen Schule, der eigentlichen Fachschule des Bauernstandes, die auch der Wirtschaftsberatung für die bäuerliche Wirtschaft dienstbar gemacht ist.)

Der Entwicklung der ländlichen Fortbildungsschulen ist durch das Gesetz eine günstige Voraussetzung gegeben, indem der Kreis in erster Linie für die Einführung des Pflichtbesuches zuständig geworden ist. An die Einzelgemeinden tritt die Frage erst dann heran, wenn der Kreis von seiner gesetzlichen Ermächtigung keinen Gebrauch macht. Ein bemerkenswerter Fortschritt, der aber erst dann voll wirksam wird, wenn der Kreis zugleich die Rolle des Schulträgers übernimmt und Schulen errichtet. Eine erhebliche Anzahl von Kreisen hat hierbei noch vieles nachzuholen. Nimmt der Kreis die Regelung des ländlichen Fortbildungsschulwesens in die Hand, so wird es möglich sein, an Stelle der kümmerlichen und unzulänglichen Schulen kleiner Einzelgemeinden große, leistungsfähige Schulen mit fachlich gegliederten Klassen und geeigneten Lehrern erstehen zu lassen.

Wo der Kreis die Verwaltung des Fortbildungsschulwesens übernommen hat, ist ein Kreisfortbildungsschulkuratorium zu bilden, dem die Funktion des Schulvorstandes (§ 6) zufällt, und dem neben dem Landrat, den Mitgliedern des Kreis Ausschusses und Kreistages, den Schulleitern, Vertreter der Lehrerschaft sowie Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören. Sofern für die einzelnen Schulen noch besondere lokale Schulvorstände errichtet werden (was auch die Ausführungsanweisungen für empfehlenswert halten), müssen in diesen Arbeitnehmervertreter mitwirken. Dem Kreisfortbildungsschulkuratorium oder Schulvorstand bleibt es wiederum überlassen, für einzelne Berufe oder Berufsgruppen entsprechende Sachausschüsse zu bilden.

Reform der Arbeitslosenversicherung

Das Projekt des Reichsarbeitsministers

Es berührt eigenartig, daß ausgerechnet von der Rechtspreffe die ersten Mitteilungen über den Inhalt der Novelle zum Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung gemacht werden konnten, während die maßgebenden Stellen vor der Arbeiterpreffe und den Gewerkschaften den eisernen Vorhang herabgelassen hatten. Allem Anschein nach sind Kräfte am Werk, die durch Indiskretionen die Möglichkeit schaffen wollen, daß die Novelle des Reichsarbeitsministeriums, noch bevor sie zu einer Vorlage der Reichsregierung geworden ist, im Meinungskampf zerstückt wird.

Das Reichsarbeitsministerium hat die Mitteilungen der Presse über den Inhalt der Novelle nicht dementiert. Man darf also annehmen, daß der mitgeteilte Inhalt im wesentlichen richtig wiedergegeben worden ist. Der Kern der Vorlage ist die vorgesehene Ermächtigung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt, in Notzeiten den Versicherungsbeitrag auf 4 Prozent zu steigern, was eine Mehreinnahme von etwa 275 Millionen Mark pro Jahr ergeben würde.

Daneben werden dann noch für die Regelung der Unterstützung bestimmter Arbeitnehmergruppen bei Arbeitslosigkeit verschiedene Änderungen vorgeschlagen, so Beschränkung der Versicherungspflicht unständiger Beschäftigter, z. B. bei den Hafenarbeitern, da bei den unständigen Arbeitern die Arbeitslosenversicherung zwar notwendig sei, bei reinen Gelegenheitsarbeitern aber sich infolge der praktischen Unmöglichkeit der Kontrolle Mißbräuche nicht vermeiden ließen. Der Bezug von Arbeitslosenunterstützung durch Schulkinder soll künftig ausgeschlossen sein. Lehrlinge sollen nur dann versicherungspflichtig werden, wenn für die letzten zwölf Monate ihrer Beschäftigung ein wöchentliches Arbeitsentgelt von mindestens 6 M oder ein monatliches Arbeitsentgelt von mindestens 25 M vereinbart ist.

Um dem Uebelstand, daß Selbständige (z. B. Landwirte, Gastwirte, Handwerker und ihre Angehörigen) durch vorübergehende Arbeitnehmerschaft die Anwartschaft auf Unterstützung erwerben, abzuwehren, wird in der Novelle der Begriff der Arbeitslosigkeit fester umrissen. Die neue Definition lautet: „Arbeitslos ist, wer berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender, erwirbt oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes erwerben kann, oder im Betriebe des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern, von Abkömmlingen oder Geschwistern den gemeinsamen Lebensunterhalt miterwirbt oder miterwerben kann.“

Tage, an denen die Beschäftigung nur wenige Stunden dauert, sollen künftig beim Erwerb der Anwartschaft nicht mehr ebenso behandelt werden wie Tage voller Beschäftigung. Personen, die Rentenempfänger sind, bekommen unter Freilassung eines Betrages von 15 M nach dem Vorschlag der Novelle ihre Renten auf die Arbeitslosenversicherung angerechnet. Ebenso erfolgt Anrechnung der Bezüge bei den Empfängern von Wartegeld und Ruhegehalt. Die Unternehmer, die ihre Belegschaft bei Abschwächung der Beschäftigung sofort stark vermindern und damit das Betriebsrisiko zum Teil auf die Arbeitslosenversicherung abwälzen, sollen zu höheren Beiträgen herangezogen werden.

Eine kritische Stellungnahme zu dem Inhalt der Novelle ist erst möglich, wenn sie in vollem Wortlaut vorliegt, denn bei den vorgeschlagenen Änderungen ist in den meisten Fällen die Formulierung entscheidend. Im Augenblick kann nur festgestellt werden, daß auch das Reichsarbeitsministerium keinen anderen Ausweg aus dem durch die abnorme Arbeitslosigkeit während des letzten Winters geschaffenen Finanzschwierigkeiten sieht als den der vorübergehenden Beitragserhöhung, auf den bereits die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hingewiesen haben. Es gibt keinen anderen Weg aus den Schwierigkeiten, wenn man nicht, wie die Unternehmer es vorschlagen, die Versicherung zerstören oder praktisch für Hunderttausende von Arbeitern aufheben will.

Die Berufsethik der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Die kürzlich stattgefundenene Tagung des evangelisch-sozialen Kongresses beschäftigte sich u. a. mit der Berufsethik der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Für die Arbeitgeber sprach Fabrikbesitzer Müller (Derlinghausen) und für die Arbeiter Kollege Friß Tarnow. Der erstere entwickelte eine Art liberale Wirtschaftstheorie, die darin ausging, daß in der Produktion nicht der Kollektivismus, sondern der Persönlichkeitsgedanke die Ueberhand behalten müsse. Nicht in der Wirtschaftsdemokratie und ähnlichem, sondern in dem gesteigerten Verantwortungsbewußtsein des Arbeitgebertums könne die Zukunft der Wirtschaft liegen. — Dann entwickelte Tarnow auf der anderen Seite, wie sich der Berufsethos der Arbeiter gewandelt habe. Nach der „Frankfurter Zeitung“ führte letzterer u. a. aus: „Der Kapitalismus hat die Berufsgemeinschaft zerschlagen und in Uebersteigerung des Individualprinzips keine neuen sozialen Gemeinschaften geschaffen. Aus den sozialen menschlichen Beziehungen wurde ein ökonomisch-fachliches Verhältnis zwischen Käufern und Verkäufern von Arbeitskraft. So gab es für die soziale Berufsethik der Arbeiter keine Entfaltung. Die Klassensolidarität wurde zur sittlichen Bindung. Die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bringt an Stelle der unvermeidbaren seelischen Verluste eine Vermehrung von Arbeitsfreude. Allerdings sind die Verluste deutlich sichtbar, während die gleichen Werte sich erst herausformen. Die Wirtschaft kann keinen anderen Sinn haben, als Mittel zu sein für die soziale Gestaltung menschlichen Lebens. Das Problem des Berufsethos für die Arbeiter ist nicht anders zu lösen, als daß die Wirtschaft wieder ihren natürlichen Sinn bekommt, daß sie selbst aufhört, Selbstzweck zu sein und in ein solches Verhältnis zum gesellschaftlichen Leben gebracht wird, daß nicht mehr die Menschen um der Wirtschaft willen, sondern die Wirtschaft um der Menschen willen betrieben wird.“

Tabakarbeiterstreik in Bulgarien

Kommunistisches Streikgeld zurückgewiesen

Der Tabakarbeiterstreik in Südbulgarien breitet sich aus. In Philippopol und Stanimaka erklärten sich die Tabakarbeiter mit den Streikenden solidarisch. Die Gesamtzahl der Ausständigen ist auf über 20 000 gestiegen. Die Unternehmer lehnen nach wie vor jede Verhandlung vor Wiederaufnahme der Arbeit ab. Die Regierung entsandte ins Streikgebiet einen Vermittler, dessen Bemühungen bisher erfolglos waren. Die Polizei verbietet jegliche Versammlung der Streikenden.

Die kommunistische Arbeiterpartei hat den Streikenden eine Unterstützung von 500 000 Lewa angeboten, die jedoch zurückgewiesen wurde. Die Bevölkerung steht mit ihrer Sympathie ungeteilt auf der Seite der Streikenden. Selbst ein so stramm rechts gerichtetes Blatt wie „Sora“ verlangt Berücksichtigung der Arbeiterforderungen durch die Industriellen und den Staat. Das Blatt bedauert, daß die Unternehmer es zum Streik haben kommen lassen.

Die neue Rautabakfabrik der Nordhäuser Tabakfabriken A.-G.

In der Rautabakindustrie macht sich auch wie in den anderen Industrien bemerkbar, daß, um die Produktion besser und profitabler zu gestalten, neue technische Einrichtungen und sonstige Verbesserungen der Arbeits- und Herstellungsmethoden herbeigeführt werden müssen. Auch auf dem Gebiete der Hygiene und Wohlfahrtseinrichtungen werden Vorkehrungen getroffen, um der Arbeiterschaft das Arbeitsverhältnis erträglicher zu gestalten. Wer Gelegenheit hatte, in früheren Jahren Rautabakbetriebe zu besichtigen, wird wahrgenommen haben, daß in gesundheitlicher Beziehung vieles im argen lag. Aber auch die Zubereitungsmethoden der Rohstoffe und Halbfabrikate mußten in vieler Hinsicht als rückständig und für die Arbeiter in bezug auf körperliche Leistungen und Verdienstmöglichkeiten als schädlich bezeichnet werden. Nunmehr sind in Nordhausen einige führende Großbetriebe dazu übergegangen, durch Schaffung neuer Fabrikgebäude und neuzeitlicher technischer und hygienischer Einrichtungen Vorbildliches für alle Teile zu schaffen.

Die Nordhäuser Tabakfabriken Aktiengesellschaft haben nunmehr ein großes, neues, modernes Fabrikgebäude an der Peripherie der Stadt errichtet. In diesem Gebäude ist die Firma G. U. Hanewacker, als die größte in der A.-G., mit etwas über 500 Arbeitern untergebracht. Am 17. Mai d. J. fand die Einweihung dieser Fabrik statt. Die Teilnehmer an dieser Feier hatten genügend Gelegenheit, durch Besichtigung der Arbeitsräume und sonstigen technischen und hygienischen Anlagen festzustellen, daß der Betrieb in allen seinen Teilen fortschrittlich eingerichtet ist. Uns interessierten naturgemäß in der Hauptsache die technischen und gesundheitlichen Einrichtungen der Arbeitsräume. Weiter interessierte uns auch die Behandlungsmethode des Rohstoffes bis zu seiner endgültigen Verarbeitung durch die gelernten Arbeiter. Gerade in diesem Punkte waren bisher dauernd Differenzen der Arbeiter mit den Betriebsleitungen zu verzeichnen. Durch die mit veralteten Methoden erfolgte Bearbeitung des Rohmaterials ergaben sich für die gelernten Rautabakarbeiter Schäden, die letzten Endes Lohneinbußen zur Folge hatten. Diesen Mängeln abzuweichen, war das Bestreben der Betriebsleitung. Durch Einbau von maschinellen Anlagen, wie Trockenapparaten, Trockenöfen und dgl. soll erreicht werden, das Material in einem besseren verarbeitungsfähigeren Zustande den Arbeitern zugänglich zu machen. Nach den ersten Erdrücken scheint das auch zu gelingen. Die Zukunft wird jedoch erst lehren müssen, ob das gesteckte Ziel erreicht ist. Falls sich noch irgendwelche Mängel einstellen sollten, werden diese nach Möglichkeit durch entsprechende Verbesserungen beseitigt werden. Die Räume, in denen bisher unter starken, unangenehmen Dünsten die Tabaksoße gekocht wurde, sind in die höchsten Stockwerke verlegt, so daß die Dünste keine Belästigungen mehr für die Arbeiter in den anderen Arbeitsräumen darstellen. Das Heranschaffen der Rohstoffe erfolgt durch mechanische Mittel; Fahrstühle, Aufzüge und sonstige Vorrichtungen gewährleisten den Arbeitern eine leichte Handhabung. Die Arbeitsräume, und besonders diejenigen, wo eine große Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen tätig sind (Spinner-, Rollen- und Deckermacherei), sind sehr gut belichtet und haben durch helle Farben ein freundliches Gepräge. Fußböden und Wände sind mit entsprechendem Material so angelegt, daß größte Sauberkeit und Staubverhütung gegeben ist. Durch gute Ventilation ist dafür gesorgt, daß frische Luft in die Räume gebracht und die schlechte Luft abgesaugt wird. Den Arbeitern wird im neuen Betrieb Schutzkleidung geliefert, so daß ein Verschleiß der eigenen Kleidung unterbunden wird. Neben hellen Arbeitskitteln, die allen Arbeitern geliefert werden, tragen die Arbeiterinnen noch Hauben und Gummischürzen. Die Lieferung der Arbeitskleidung geschieht kostenlos durch die Betriebsleitung. Eine eigene Waschanstalt sorgt für entsprechende Reinigung der Kleidung, und in einer großen Wäscheausgabe liegen genügende Vorräte, um in kurzen Zeitabständen wieder für frische Arbeitskleidung Sorge zu tragen.

Damit die gesamte Arbeiterschaft während der Arbeitspausen ein anständiges Unterkommen hat, ist für eine gute Kantine, wo in reichem Maße Sitzgelegenheit an sauberen Tischen und Bänken ist, Vorsorge getroffen. Es werden dort gute Speisen und Getränke zu mäßigen Preisen verabfolgt. Für mitgebrachte Speisen, Kaffee usw., ist in ausreichendem Maße Gelegenheit vorhanden, dieselben warmzustellen, um sie in den angelegten Pausen in bekömmlichem Zustande einzunehmen. Für die im Betrieb tätigen Frauen und Männer ist auch in ausreichendem Maße für Bade- und Waschgelegenheit gesorgt. Brause- und

Wannenbäder stehen kostenlos zur Verfügung und werden von einem besonderen Bediensteten verwaltet.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß bei der Einrichtung des Betriebes der erste Versuch gemacht worden ist, alle technischen und hygienischen Fortschritte nutzbar zu machen. Und anerkannt soll werden, daß dieser Versuch fast restlos gelungen ist. Daß durch die geschaffenen Betriebseinrichtungen die Güte des Fabrikates nur gewinnen kann, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es darf deshalb angenommen werden, daß der Konsum des Fabrikates eine weitere Steigerung erfahren und dadurch das geschaffene Werk zu einem vollen Erfolge für die Firma werden wird.

Zu der Einweihungsfeier waren auch der Betriebsrat der Firma, der Angestellte der Zahlstelle Nordhausen, der Gauleiter Schmidt, und der Vorsitzende unseres Verbandes eingeladen worden. Durch die Tarifverhandlungen in der Zigarrenindustrie waren die Kollegen Hufung und Schmidt behindert, an der Feier teilzunehmen. Die erfolgte Einladung unserer Verbandsvertreter zeigt, welch hohes Maß von Achtung unser Verband nicht nur bei den Rautabakarbeitern, die fast restlos unserem Verbande angehören, genießt, sondern darüber hinaus auch bei den Rautabakfabrikanten. Welch ein Wandel ist hier durch die unermüdete und erfolgreiche Verbandsstätigkeit erzielt worden. Arbeiter und Fabrikanten haben erkannt, daß ein Vorwärtskommen in der Rautabakindustrie nur möglich ist durch ein gegenseitiges verständnisvolles Zusammenarbeiten. Diese Erkenntnis trug dazu bei, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen laufend verbessert werden konnten, zugleich aber auch eine Steigerung der Arbeitsleistungen durch die bessere Lebenshaltung der Arbeiter erzielt wurde. Nicht immer war es so. Im Jahre 1901 tobte in Nordhausen ein gewaltiger Kampf, weil die Rautabakfabrikanten den Austritt der Rautabakarbeiter aus dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande forderten. Das Ansinnen wurde abgewehrt und dadurch dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Rautabakarbeiter der Weg geebnet. Auch in späteren Zeiten, im Jahre 1923, nach der Stabilisierung unserer Währung, glaubten die Rautabakfabrikanten den berechtigten Wünschen der Arbeiter trotz zu können. Jedoch nach kurzer Zeit erfolgte eine Verständigung, und bereits am 10. Januar 1924 wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen erneut durch Abschluß eines Tarifvertrages geregelt. Und abermals im Jahre 1925 gab es eine heftige Auseinandersetzung über die Bemessung der Lohnhöhe.

Neben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde auch erfolgreich versucht, in hygienischer Beziehung Verbesserungen in den Betrieben durchzusetzen. Das war eine dringende Notwendigkeit. Denn in nicht wenigen Betrieben lag diesbezüglich sehr viel im argen. Es darf deshalb mit Zug und Recht gesagt werden, daß die Schaffung guter und moderner Betriebsstätten nicht zuletzt durch das Wirken des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes und seiner Mitglieder mit erzielt worden ist. Wir freuen uns deshalb des Fortschrittes, der auf diesem Gebiete in dem neuen Betriebe erzielt worden ist und hoffen, daß die Belegschaft von den für sie geschaffenen hygienischen Einrichtungen regen Gebrauch macht. Dem Betrieb selbst wünschen wir eine gute Fortentwicklung, die die Voraussetzung zum weiteren Ausbau der sanitären Einrichtungen sein wird.

Aus unserer Zahlstelle München

Das Jahrbuch der Münchener Gewerkschaftsbewegung für 1928 ist soeben erschienen. Das Jahrbuch berichtet in ausführlicher Weise über die Bestrebungen der Münchener Gewerkschaften. Ueber unsere Organisation entnehmen wir dem Jahrbuch folgendes:

„Das Geschäftsjahr 1928 hat den Tabakarbeitern Münchens die erwartete Besserung der Geschäftslage nicht gebracht. Langfristige Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind seit Inkrafttreten des Tabaksteuergesetzes im Jahre 1925 deren ständige Begleiter.

Die in rapidem Tempo fortschreitende Konzentration der Zigarettenherstellung hatte für München nicht nur einen schweren Rückgang der Anzahl der Betriebe, sondern auch einen solchen der Beschäftigtenzahlen zur Folge. Zählten wir Ende 1925 noch 37 Zigarettenbetriebe mit 3100 Beschäftigten, so waren am Schlusse des Berichtsjahres am Orte nur mehr 6 Betriebe mit 1495 Beschäftigten zu verzeichnen.

Den Konzentrationsbestrebungen der beiden großen Konzerngruppen Reemtsma und Haus Neuerburg ist es gelungen, die Kontrolle über drei Viertel der gesamten deutschen Produktion in die Hände zu bekommen. Ueber diese privatkapitalistische Monopolstellung führt der Weg zwangsläufig zum Staatsmonopol. Wenn auch die Zusammenschlußbewegung in den anderen

Tabakbranchen weitaus schleppender ist, so ist doch die Betriebszahl am Orte auch hier gegenüber 1926 um 8 Betriebe zurückgegangen. Die Beschäftigungslage in den Zigarren- und Rauchtakbetrieben konnte als normal angesprochen werden.

Ende 1928 betrug die Gesamtmitgliederzahl 1704, und zwar 130 männliche und 1574 weibliche. 175 arbeitslose und 224 kurzarbeitende Mitglieder aus der Zigarettenindustrie sind in diesen Zahlen mit einbegriffen. Unmittelbar zu Beginn des Jahres 1929 wurden bei der Zigarettenfabrik Zuban neuerdings Entlassungen im größten Umfange vorgenommen, wodurch die Arbeitslosenziffer sich auf 345 Mitglieder erhöht. Insgesamt 468 Neuaufnahmen waren das Ergebnis der eifrigen Werbefähigkeit unserer Funktionäre. Jedoch konnten wir nur eine faktische Zunahme von 67 Mitgliedern buchen, infolge der dauernden Fluktuation in der Zigarettenindustrie.

Im Gleichmaß unserer Mitgliederbewegung haben sich auch die Kassengeschäfte gegenüber dem Vorjahr besser gestaltet. Die Gesamteinnahme in der Hauptkasse betrug 33 625,22 M, Gesamtausgabe 32 690,52 M (darunter 23 594,60 M an den Hauptvorstand gesandt). Es verblieb mithin ein Kassenbestand von 934,70 Mark. In der Lokalkasse betrug die Gesamteinnahme 17 417,41 Mark, Gesamtausgabe 14 599,96 M; hier verblieb ein Kassenbestand von 2 817,45 M. 62 234 Beitragsmarken wurden im Berichtsjahre verkauft und 17 490 Erwerbslosenmarken unentgeltlich ausgegeben.

Trotz der Ungunst der Verhältnisse war es uns möglich, im Jahre 1928 in allen Branchen der Tabakindustrie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. In der Zigarettenindustrie wurden durch freie Vereinbarung die Tarifsöhne ab 19. April 1928 mit der Laufdauer bis 31. März 1929 erhöht, und zwar insgesamt

für alle männlichen Arbeiter um 3 M pro Woche,
für alle Arbeiterinnen um 4 S pro Stunde,
die Akkordlöhne um 6 Prozent.

Durch hauptvertragliche Regelung beträgt die Wochenarbeitszeit in der Zigarettenindustrie 48 Stunden. Die Feriendauer beträgt im ersten Beschäftigungsjahr 4 Arbeitstage und steigert sich in jedem weiteren Beschäftigungsjahr um je 2 Tage bis zur Höchstdauer von 15 Werktagen. Bei Krankheit von mehr als 24 Arbeitstagen ist der Lohn für 5 Tage vom Arbeitgeber zu bezahlen. Alle gesetzlichen Wochenfeiertage werden an Wochenlöhner bezahlt, den Nichtwochenlöhnern nach einjähriger Beschäftigungsdauer.

Für die Arbeiterschaft in der Zigarrenindustrie trat der neue, durch den Kampf 1927 verbesserte Reichstarifvertrag am 1. März 1928 in Kraft. Die Lohnerhöhung betrug von diesem Zeitpunkt an 12 Prozent, die Feriendauer wurde von 4 auf 6 Tage erhöht. Die regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit beträgt 48 Stunden. Der Vertrag besitzt Gültigkeit bis 31. März 1929.

Der Reichstarifvertrag für die Rauchtakarbeiter wurde mit Wirkung ab 1. November 1928 mit folgenden Verbesserungen auf ein Jahr verlängert, die Löhne wurden ab 1. November 1928 um 8 Prozent erhöht; die Altersklasseneinteilung wurde bis zum Alter von 20 bis 22 Jahren beschränkt; die regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit beträgt 48 Stunden.

In der Durchführung der Verträge konnte eine ganze Reihe von Tarif- und Arbeitsrechtsstreitigkeiten teils auf dem Wege des Vergleiches, teils über das Arbeitsgericht fast restlos zugunsten unserer Mitglieder beigelegt werden. Ueber häufige Verstöße im Vollzug der Bestimmungen des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes war es erforderlich, beim Arbeitsamt München Beschwerden zu führen, in den meisten Fällen mit Erfolg.

Die Tätigkeit unserer Funktionäre und im besonderen die der Betriebsräte war sehr fruchtbringend. So mancher Einspruch bewirkte die sofortige Zurücknahme der Kündigung, meist genügt schon der Hinweis auf eine Klage am Arbeitsgericht.

Ein Erfolg für unsere Organisation war auch das Ergebnis der Betriebsrätemahlen. 54 freigewerkschaftlichen Betriebs-

vertretungsmitgliedern standen ganze 2 christliche gegenüber. Um so höher muß dieser Erfolg gewertet werden, da rund 96 Prozent aller Beschäftigten Frauen sind. Ein Beweis dafür, daß auch die arbeitende Frau nach einiger gewerkschaftlicher Schulung zu erkennen vermag, daß nur die freie Gewerkschaft den Aufstieg der Arbeiterschaft ermöglicht.

Reich war die Fülle erfolgreicher gewerkschaftlicher Aufbauarbeit, die im Berichtsjahre gemeinsam bewältigt wurde. Mächtig sind jedoch die Widerstände, die uns die Unternehmer entgegenstellen, und die Indolenz der Unorganisierten muß überwunden werden.

Der Erfolg des Bestern gibt neue Kraft zum Kampf des Morgen!

Bekanntmachungen

Am 8. Juni ist der 23. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

24. Mai. Kallw 180.—
25. Breslau 200.—, Herford 200.—, Soest 50.—, Prenzlau 200.—, Andernach 50.—, Wansen 200.—, Goch 130.—, Uetersen 60.—, Eßling 3500.—, Hamburg 450.—
27. Kellingen 60.—, Frankenstein 50.—, Celle 57.—, Finsterwalde 400.—, Heppenheim 100.—, Pfaffenhofen 200.—
28. Heidelberg 1000.—
29. Schöned 550.—
31. Gießen 300.—, Rülzheim 100.—, Kaiserslautern 38.50, Gebese 300.—, Woltersdorf 30.—
1. Juni. Trier 300.—, Hockenheim 700.—
3. Dresden 700.—, Brotterode 3000.—
Bremen, den 4. Juni 1929.

J. Krohn.

Ausgeschlossen wurden:

Nach § 14 b die Zigarettenpaderin **Martha Wiesnewski**, geb. am 10. Oktober 1892 in Al.-Konig, Kr. Konig, eingetreten am 10. März 1925. Buch SI 40 202.

Nach § 14 der Zigarettenarbeiter **Gustav Armbrust**, geb. am 18. November 1882 in Gr.-Potehendorf, eingetreten am 28. Juli 1906. Buch 4899.

Der Zigarrenarbeiter **Hans Rohmann**, geb. am 2. Dezember 1880 in Berlin, eingetreten am 26. Juli 1902. Buch IV. 33 621.

Gesucht

Ein Zigarrenmacher und zwei Zigarillo- resp. Stumpfenarbeiter (Formenarbeit). Nachzufragen bei Gauleiter **Wilh. Müller**, Frankfurt a. M., Battonstr. 4-8, Zimmer 19.



vorher jetzt
Lungen-

kranken, Tuberkulösen tolle ich gern kostenlos mit, wie ich von meinem schweren tub. Lungenleiden, Magen-, Nerven- u. Merenleiden genesen bin, nachdem ich von Ärzten (dar. Autorität) als hoffnungslos aufgegeben war. Wenn in geschl. Umschlag gewünscht, 30 Pf. in Marken beilegen. Ich war bis z. Skelett abgemagert und habe mein Normalgewicht wiedererlangt. Siehe Bild vorher und jetzt! Fabrikant **Osk. Kth. Ernst**, Sigt. - Cannstatt 82.

ALLES FAHRT LINDCAR

KLEINSTE RATEN
OHNE ANZAHLUNG

UNTERNEHMEN DER GEWERKSCHAFTEN

Niederlagen in allen Teilen des Reiches. Auskunft und Bestellung durch alle Orissausschüsse des ADGB. oder direkt durch **Lindcar-Fahrradwerk A.-G.**, Berlin-Lichtenrade.

Amerk. beste Wa-
ausquelle für **billig. böhmisch. Bettfedern**

1 Pfd. graue, gute, geschlossene 80 S
1. - M., halbweiße 1.20 M., 1.40 M.,
weiße flaumige, geschlossene 1.70, 2.,
2.50, 3. - M., feinste geschl. Halb-
flaum-Herzschaffs-Federn 4., 5.,
6. - 1 Pfd. Ruppfedern ungeschliffen
mit Flaum gemengt, halbweiß 1.75 M., weiß 2.40 M.,
3. - M., allerfeinster Flaumrupf 3.50 M., 4.50 M. Vers-
and zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko.
Umtausch gestattet, für Nichtpost. Geld retour. Muster
und Preisliste gratis. **S. Benisch in Prag XII,**
Amerika ulice Nr. 26/902, Böhmen.



Billige böhmische Bettfedern

nur reine, gutfüllende Sorten
Ein Kilo graue, geschlossene 3 M,
halbweiß 4 M, weiße 5 M, bessere
5 M, 7 M, daunenweich 8 M, 10 M,
beste Sorte 12 M, 14 M, weiße
ungeschlossen 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M.
Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. —
Muster frel. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245
bei Pilsen, Böhmen.

Arbeit und Ferien

Wasser, Luft und Sonnenschein
sind drei gute Arzneien.

Dr. H. Schmitt.

Es hat wohl noch nie ein Jahr gegeben, wo die europäische Menschheit mit so tiefem Behagen den schönen Frühling begrüßt wie diesmal. Die durch die lange Kälteperiode verursachte Verzögerung hat die Natur in kurzer Zeit nachgeholt. Das herrliche Grün der Wälder, die wogenden Kornfelder, die jubelnde Vogelschar und all das Schöne, das die Erde im Frühling bietet, locken die Menschen hinaus ins Freie. Wie jedes Lebewesen fühlt auch der Mensch gerade in einem solchen Augenblick, daß er nicht allein zum Arbeiten geboren ist. Namentlich die in Fabriken, Werkstätten und Bureaus schaffenden Massen brauchen im Jahre einige freie Tage und Wochen zur Erholung. Denn:

Noch regt sich nur das eigene Mark
in Sommerfülle frisch und stark.
Noch reckt der Arm sich froh zur Tat
und pflückt die Blume, rafft die Mahd. —
Werd' ich im nächsten Sonnenschein
noch Schnitter oder Ernte sein?

Die Frage, die hier der Dichter Vultaupt am Schluß seines Gedichts stellt, muß man sich immer vor Augen halten. Wie kurz ist das Leben, und meistens ist es doch nur Schinderet gewesen.

Das Wort Ferien war dem arbeitenden Menschen in der Vorkriegszeit etwas Unbekanntes. Er war von Neujahr bis Silvester gezwungen, in dumpfen Fabriken zu schuften. Nur ganz wenige Arbeiter gab es, die sich eine Erholung gönnen konnten. Von bezahlten Ferien war gar keine Rede. Das ist erfreulicherweise in der Nachkriegszeit anders geworden. Das Internationale Arbeitsamt hat Anfang 1927 eine Untersuchung über die bezahlten Ferien der Arbeiter in mehreren Ländern veranstaltet. Dabei wurden nur tarifvertraglich geregelte Vereinbarungen berücksichtigt. Das I.A. hat dabei festgestellt, daß in den hochkapitalistisch organisierten Staaten Europas rund 40 Prozent oder 19 Millionen der Gesamtzahl der Arbeiter in den Genuß eines bezahlten Urlaubs kommen. Auf Grund vertraglicher Vereinbarungen hatten in Deutschland zurzeit der Erhebung 8,2 Millionen Arbeiter das Recht eines bezahlten Urlaubs; in England waren es 1,5 Millionen, in Frankreich 39 000 und in Holland 101 000 Arbeiter. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter in Deutschland haben 88 v. H., in England 13 v. H., in Frankreich 0,8 v. H. und in Holland 7,8 v. H. der Arbeiter Anspruch auf Ferien. Nach diesen

Feststellungen des Internationalen Arbeitsamts wäre es in Deutschland am besten bezüglich des bezahlten Urlaubs bestellt. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung kann stolz darauf sein, daß von höchster Stelle eine derartige Feststellung gemacht wurde.

Doch wir wollen uns nicht im Selbstbewußtsein wiegen, sondern bestrebt sein, für alle Kollegen einen bezahlten Urlaub möglich zu machen. Die Unternehmer haben die Forderung auf Arbeiterferien vor dem Kriege hohnlachend zurückgewiesen, und in der Nachkriegszeit waren sie schwer dazu zu bewegen, dem Arbeiter eine gewisse Freizeit zu gewähren und diese Freizeit auch noch zu bezahlen. Sie haben sich fügen müssen! Neben der Verkürzung der Arbeitszeit ist der bezahlte Urlaub die größte Errungenschaft, die jemals in der deutschen Sozialpolitik erreicht wurde. Leider ist die Zahl der Ferientage äußerst gering. Sie geht in den allermeisten Fällen über 6 Arbeitstage wenig hinaus. Daß sich jemand in einer Woche nicht erholen, sondern nur flüchtig ausspannen kann, bedarf keines näheren Beweises. Zum mindesten müßte die Ferienzeit eines jeden Hand- und Kopfarbeiters 14 Tage betragen. Auf dieses Ziel gilt es hinzuarbeiten. Wir dürfen uns nicht im unklaren darüber sein, daß es nur einer ganz zähen Arbeit bedarf, um für alle Arbeiter Ferien in der Dauer von 14 Tagen herauszuholen.

Wie verleben nun die Menschen ihre Ferien? Wie sie die besitzende Klasse verlebt, dürfte allgemein bekannt sein. In Deutschland, in Oesterreich, in der Schweiz, in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern gibt es Ruhepunkte, wo die Natur besonders verschwenderisch gewesen ist. Nach diesen Orten ziehen alljährlich vom Mai bis September ungezählte Tausende, um hier von des Tages Last und Mühe Erholung zu suchen. Das sind die Auserwählten, deren Einkommen eine solche Kur gestattet. Die im Sommer in deutschen Bädern Weilenden zählen nach Hunderttausenden. 30 Prozent aller Fremdenbesucher in der Schweiz sind Deutsche. Die Kurorte Oesterreichs, die Bäder Böhmens werden auch zum größten Teil von Deutschen besucht. Neuerdings geht der Fremdenstrom nach Frankreich. In diesen Luxusbädern feiert die besitzende Klasse ihre Ferien.

Bei den Arbeitern sieht das Bild wesentlich anders aus. Die übergroße Mehrzahl derselben verlebt ihre Ferienzeit zu Hause. Es ist ein flüchtiges Ausruhen, sonst nichts. Andersnalls fährt man einmal mit der Familie ins Grüne. Das wird die Mehrzahl der Arbeiter und Kleinangestellten sein. Zu einer Ferientournee langt es nicht, weil das Einkommen

Der Eroberer

Zum 60. Geburtstag des Dichters Martin Andersen Nexö

Einer der Dichter, denen das Erlebnis der Not und Kraft der proletarischen Klasse zur Dichtung wurde, einer der auf allen Erdteilen aufstehenden und von Land zu Land ihre brüderlichen Signale rufenden Dichter des schaffenden Volkes ist der Däne Martin Andersen Nexö.

Seine Eltern waren Proletarier, Leute ohne breitverwurzelte Geschichte, ohne Familientradition, ohne Seßhaftigkeit. Der Vater kam aus einem Bauerngeschlecht, das einen aussichtslosen Kampf mit dem sandigen Boden führte. Dieser Boden, der vom Wind getrieben wurde, trug nicht genug, alle Kinder eines Bauern zu ernähren. Und eines Tages ist der vom Wind enteierte Bauer dieses aufreibenden Kampfes müde. Er zieht in die Stadt und verschwindet zwischen Brandmauern und Hinterhöfen. Andersen Nexös Mutter war die Tochter eines Schmieds, ihr Großvater war ein eingewandertes Deutscher. Als der am 28. Juni 1869 geborene Andersen Nexö neun Jahre alt war, zog die Familie aus dem Arbeiterviertel von Kopenhagen nach Bornholm, der „Heimat“ des Vaters, der als Steinbrucharbeiter und Pflasterer vergeblich versuchte, die hungrigen Mäuler seiner elf Kinder zu stopfen, weshalb die Mutter und die älteren Geschwister mitverdienen mußten. „Armut und angestrengte Arbeit sind die herrschenden Mächte in der Welt meiner Kindheit“, so erzählt Andersen Nexö, „ich habe gearbeitet, seit ich kriechen

konnte — trug Zeitungen aus oder sammelte Späne auf den Bauplätzen und verkaufte sie an Herrschaften. Eine Zeitlang war ich auch Rindermädchen bei meiner halbjährigen Schwester, vom frühen Morgen bis zum Abend, wenn die Mutter auswärts arbeitete... ich gehörte zu den unschuldig Verstoßenen, die, sobald sie kriechen können, den Reihem der Sklaven des Lebens angekoppelt werden, deren verfluchtes Los es ist, einigen wenigen Auserwählten die Erde zu einem behaglichen Aufenthaltsort zu machen!“

Es waren nicht nur die sozialen Erlebnisse von früher Kindheit an, es waren auch unauslöschliche Erlebnisse der Natur, die sich als Rohmaterial für den werdenden Dichter aufspeicherten. ... im Hofgebäude, zu oberst in einem dieser Hinterhäuser, von wo man nur wenig Aussicht auf den Himmel hat. Hat man aber ihn, ergibt sich alles übrige von selbst. Rote Dächer können die Sonne wiedergeben und die Blut eines frisch angezündeten Gemüts entfachen wie sonst nichts auf dieser Erde; und keine Macht wird dann die endlose, öde Brandmauer mit ihren gewaltigen Feuchtflecken, die direkt vor dem Fenster sperrend steht, hindern können, sich in eine phantastische Welt zu verwandeln, die von seltsamen Ungeheuern mit Rückenpanzern und allzuviel Gliedern — von Mauerrasseln und Tausendfüßlern — bereift wird. Zum Ueberflus läuft immer eine Dachrinne am Fenster des Dachstübchens dicht vorbei. Allmählich sammelt sich Erde drin, die Vögel tragen Samen herbei. Und eines Tages schleift vor den verwunderten Augen des Kindes eine grüne Pflanze empor. So einfach und billig kommen nur die Allerärmsten ins Grüne hin-

so gering ist, daß es zum Lebensunterhalt restlos gebraucht wird. Und doch sollte unser Bestreben dahin gehen, es jedem Menschen zu ermöglichen, außerhalb seiner Behausung die Ferientage zu verleben. Erfreulicherweise sind Einrichtungen vorhanden, wo der Arbeiter und Angestellte seine Ferien billig verleben kann. Die Reisen des Sozialistischen Bildungsausschusses, die Veranstaltungen der Gesellschaft der Naturfreunde und andere Organisationen haben Ferienreisen und Ferienheime geschaffen, die den Einkommensverhältnissen weniger bemittelter Kreise angepaßt sind. Sehr lobenswert ist der Ortsausschuß des DGB. Leipzig vorgegangen, indem er an mehreren Stellen Ferienheime schuf und Ferienreisen veranstaltete. Wir haben es hier mit Anfängen zu tun und hegen die Hoffnung, daß namentlich die Gewerkschaften in den nächsten Jahren auf diesem Gebiete noch ganz andere Einrichtungen schaffen werden. Wenn wir dann noch unsere ganze Kraft darauf setzen, die Einkommensverhältnisse durch höhere Reallohne zu bessern, dann wird die Regelung der Ferienfrage nach gesundheitlichen Gesichtspunkten nur noch eine Frage der Zeit sein. Aber alles kommt darauf an, daß die Gewerkschaftsbewegung groß und stark genug ist, diese Kulturforderungen im wahrsten Sinne des Wortes zu verwirklichen. Das Wort Ferien strahlt eine Zauberkraft von sich aus. Wie kein anderes müßte es jeden in dumpfer Fron Dahinlebenenden ermuntern, sein Bestes daranzusetzen, die Gewerkschaftsbewegung zu stärken, auf daß sie befähigt sind, für alle Hand- und Kopfarbeiter ausreichende Ferien zu erwirken. Erst dann wird das Leben lebenswert sein.

Völkerbund und Wirtschaftsfragen

(ZGB.) E. Jouhaux, der als Arbeitervertreter der kürzlich abgehaltenen Sitzung des Beratenden Wirtschaftskomitees des Völkerbundes beimohnte, schreibt im „Peuple“ über die Aufgaben dieses Komitees:

Die zweite Sitzung des Beratenden Wirtschaftskomitees des Völkerbundes brachte in mancher Hinsicht Enttäuschungen. Bekanntlich vereinigt dieses Komitee einmal pro Jahr etwa 60 von den Regierungen unabhängige Personen, die die Durchführung der von der ersten Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1927 angenommenen Empfehlungen zu überwachen und entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen haben. Im Laufe der soeben abgehaltenen Sitzung konnte deutlich festgestellt werden, daß die erzielten Resultate keineswegs befriedigend sind. Im vergangenen Jahre konnte man wenigstens den Abschluß von Handelsverträgen — so zwischen Deutschland und Frankreich — verzeichnen, die, wenn sie auch den von Genf anerkannten Prinzipien nicht durchaus entsprachen, doch einen wirklichen Fortschritt bedeuteten.

Das Tempo solcher Entwicklungen hat sich inzwischen verlangsamt. Wenn auch zugegeben werden muß, daß in Genf neue Anstrengungen gemacht wurden, um die dem internationalen Güteraustausch entgegenstehenden Schwierigkeiten zu be-

seitigen oder zu mildern, und wenn weiter gesagt werden darf, daß gewisse Initiativen der Organe des Völkerbundes nicht ohne Resultate geblieben sind, so muß andererseits doch festgestellt werden, daß die auf der Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1927 verurteilte Tendenz des wirtschaftlichen Nationalismus in allen Ländern noch sehr stark vorherrscht.

Das Komitee hatte während seiner ganzen Sitzung Gelegenheit, diese Tatsachen festzustellen. Sowohl die Eröffnungs- als auch die Schlußrede des Vorsitzenden Theunis hatte keine optimistische Note. Wir gehen mit ihm einig, wenn er sagt, daß das verlangsamte Tempo nicht zu Verzicht und Entmutigung, sondern gerade zu neuen Anstrengungen führen soll. Ferner unterschreiben wir seine Ansicht, daß die Verwirklichung des vor zwei Jahren begonnenen Werkes eine gründliche Aenderung der zur Anwendung gelangenden Methoden bedingt. Auf diesen Punkt wollten wir gerade bei den Verhandlungen des Komitees Nachdruck legen.

Schon im vergangenen Jahre konnte man feststellen, daß sich die Tätigkeit des offiziellen Wirtschaftskomitees des Völkerbundes — offiziell in dem Sinne, daß in dieser Kommission auch Regierungsvertreter sitzen — und der technischen Organe des Sekretariats des Völkerbundes ausschließlich auf kommerzielle Fragen beschränkte und die industriellen und landwirtschaftlichen Probleme vernachlässigt werden. Diese Feststellungen fanden auch in der letzten Völkerbundsversammlung Echo und Bestätigung. Wir möchten heute diese Feststellungen wiederholen!

Sicherlich geben wir den großen Wert der auf Erjuden des Beratenden Wirtschaftskomitees auf dem Gebiete der Kohlen- und Zuckerindustrie eingeleiteten Erhebungen zu. Bereits sind einige Resultate erzielt worden. Gleichzeitig muß jedoch festgestellt werden, daß in der Behandlung einer der wichtigsten der von der Weltwirtschaftskonferenz angeschnittenen Fragen nichts oder fast nichts geleistet wurde, d. h. in der Besprechung der Frage der industriellen Interessengemeinschaften resp. der internationalen Kartelle. Hat vielleicht die Entwicklung auf diesem Gebiete in den letzten zwei Jahren ein langsames Tempo angenommen? Keineswegs! Die kapitalistische Konzentration nimmt ihren Fortgang, jedoch außerhalb der Kontrolle, die wir seinerzeit verlangt haben. Deshalb braucht man sich auch nicht darüber zu wundern, daß sich diese Entwicklung gegen die Interessen der Allgemeinheit richtet.

Die Weltwirtschaftskonferenz glaubte seinerzeit feststellen zu können, daß diese Interessengemeinschaften eine Seite der Rationalisierung seien und zur Organisation der Produktion und somit zu einem Preisrückgang beitragen. Dies ist möglich, ja es müßte eigentlich so sein. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß in den kartellierten Industrien die Preise nicht gesunken, sondern im Gegenteil gestiegen sind. Eine Prüfung der Lage ergibt, daß diese Interessengemeinschaften als Hauptziel nicht die Entwicklung der Produktion, sondern die Beherrschung des Marktes verfolgen. Sie haben den Zweck der Preispolitik, was übrigens von den letzten der in Erscheinung getretenen Interessengemeinschaften offen zugegeben wird, d. h. von der chemischen Industrie des kontinentalen Europa.

aus.“ Und nun gar erst auf Bornholm! Bald war der Knabe mit dem Meere vertraut, vertrauter als mit der Schule, die er nur besuchen konnte, wenn nicht gearbeitet wurde.

Der junge Andersen Nexø mußte sich selbst ernähren. Er diente ein Jahr lang als Hirtenjunge. Die Gesindeverhältnisse waren damals noch fürchterlicher als heute. Unvergeßlich blieben die Episoden des Hundelebens, dessen Unerträglichkeit selbst den von Kindheit an umhergestoßenen Nexø an den Rand des Selbstmordes brachte. Dann ging Nexø zu einem Schuhmacher in die Lehre. Sechs Jahre lang blieb er in diesem an die Wand gequetschten und in Kellerabgründe hinabgeschleuderten Handwerk. Sechs Jahre, multipliziert sie mit den täglich 14 Stunden Arbeit, und dann versteht ihr das Wort Freiheitsdrang. Was aber will der Proletarier mit diesem Wort? Nexø wurde Maurerhandlanger. Nur raus aus der muffigen Schusterbude! Weg von den Menschen, denen ihr Beruf die Seelen verkrüppelte! Nur raus, in die frische Luft, in die Sonne, die auch für den Arbeiter noch scheint... Hier bei den Maurern lernte Nexø einen Klassenbewußten Arbeiter kennen, und nun begann der unermüdlische Aufstieg dieses zum Eroberer geborenen Proletariers.

Plötzlich hatte die ganze Lebenserfahrung des jungen Nexø einen Sinn. Er bekam eine StraÙe, die ein festes Ziel hat, unter die FüÙe. Der so plötzlich sehend Gewordene ging diese StraÙe, nein, er rannte sie! Ihm vorenthaltene Schulbildung wurde nachgeholt, er wurde einer Volksschule eifrigster Schüler. Aber das Vernisfieber schwächte den vom Fluch der Armut geschlagenen Körper so, daß nur noch eine Erholungsreise nach dem Süden

Retting bringen konnte. Das Unmögliche geschah, weil eines Dichters großmütige Witwe dem Kranken 400 Kronen aushändigte. Martin Andersen Nexø hatte seine Lehrjahre hinter sich und begann seine Wanderjahre.

Zwanzig Monate lang blieb er in Italien und Spanien. Zum knappen Zehrgeld verdiente er sich eine Kleinigkeit mit Artikeln für dänische Zeitungen. Es drängte ihn zum Schreiben, der aus seinem Joch ausgepannte Proletarier sing an zu leben, dort in Süden, wo das Leben froher ist. Aber bald sah Nexø auch hier unter der Oberfläche, die den Vergnügensreisenden zu billiger Schwärmerei beseuert, die Armut und die Leiden der Proletarier. Das Erlebnis der internationalen proletarischen Schicksalsgemeinschaft machte aus Martin Andersen Nexø einen Dichter.

Vom Jahre 1901 an lebt Martin Andersen Nexø von der Feder. „Es ist notwendig, daß einer der Gesellschaft auch die unbarmherzigsten Wahrheiten sagt. Und wer ist geeigneter dazu als der, der das Elend bis auf den Grund kennengelernt hat?“ Vom Leben des arbeitenden Menschen mußte er genug, um eine ganze Reihe Bücher zu schreiben. Andersen Nexø schrieb keine Literatur, wie sie Leute schreiben, die einige Semester Ästhetik hinter sich haben. Er schrieb aber auch keine Literatur nur agitatorischen Inhalts. Wenn sein Stil einen Namen haben soll, vielleicht nennen wir ihn „Neue Menschlichkeit“. Nexø schrieb einmal: „Die Mißbräuche, unter denen ich als Kind gelitten, haben mich gelehrt, gut gegen andere zu sein.“

Dies geschah, weil das Spiel der kapitalistischen Kräfte in keiner Weise kontrolliert wird. Die Unordnung nimmt zu! Man spricht dauernd von wirtschaftlicher Reorganisation, ohne daß man sich ihr jedoch nähert.

Wir sprachen soeben von der Kohlenindustrie, die sich ohne Zweifel in einer Krise befindet. Es fällt dabei besonders auf, daß die Konsequenzen dieser Krise zu den eigentlichen Ursachen in keinem Verhältnis stehen. Ohne Zweifel ist eine Ueberproduktion vorhanden; sie ist jedoch nicht so groß, daß sich daraus das Chaos erklären läßt, in dem sich diese Industrie befindet, oder die schlimmen Konsequenzen, unter denen Hunderttausende von Arbeitern sowie die ganze Wirtschaft der betroffenen Länder zu leiden haben. Der Bergbau muß in allererster Linie international organisiert werden, wie dies übrigens von den Bergarbeiterorganisationen schon seit 1920 gefordert wird. Wir müssen jedoch feststellen, daß diese Reorganisation immer noch der hartnäckigsten Opposition begegnet, daß die Wirtschaft der verschiedenen Länder weiterhin unter der Krise leidet und die Praktiken des Dumping und des Schutzzolls jeden Tag schlimmer werden. Weshalb von wirtschaftlichem Wiederaufbau sprechen, wenn man nicht gewillt ist, entsprechende Maßnahmen zu treffen?!

Wir kritisieren nicht die Arbeit der technischen Organe des Völkerbundes. Wir wollen im Gegenteil anerkennen, daß sie ihr Bestes getan haben, und daß ihre Erhebungen zahlreiche Argumente ergeben, die unsere Auffassungen stützen. Wir müssen jedoch befügen — und dies ist die wichtigste Schlussfolgerung, zu der die letzte Sitzung des Beratenden Wirtschaftskomitees geführt hat! —, daß diese Organe trotz ihres Eifers nicht genügen, um die ihnen übertragenen gewaltigen Aufgaben zu einem guten Ende zu führen.

Die Erfahrung der letzten zwei Jahre haben die von uns der Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1927 unterbreiteten Vorschläge voll bestätigt. Wir verlangten damals die Schaffung einer internationalen Wirtschaftsorganisation, in die der innerhalb des Völkerbundes bereits bestehende wirtschaftliche Mechanismus eingebaut werden soll. Wir verlangten eine Organisation, die dauernd in Wirksamkeit steht, autonom ist und ein gewisses Initiativrecht besitzt. Ihre Aufgabe wäre die Koordination der Weltwirtschaft in Zusammenarbeit mit den in den verschiedenen Ländern bereits bestehenden oder noch zu schaffenden nationalen Wirtschaftsräten. Man machte damals finanzielle Einwände geltend, die übrigens kleinlich sind, wenn man bedenkt, wie große Summen die Organe in Genf die einzelnen Regierungen kosten, und wenn man in Betracht zieht, welche gewaltigen Vorteile die Schaffung eines solch unbedingt notwendigen Organismus zeitigen würde.

Da man im Beratenden Wirtschaftskomitee des Völkerbundes die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung der bis jetzt gehandhabten Methoden zugibt, fordern wir, daß nicht noch weiterhin gezögert, sondern den wirtschaftlichen Problemen in Genf ohne weitere Umschweife jene Wichtigkeit beigemessen wird, die ihnen im Rahmen der internationalen Wirtschaft zukommt!

Nexö ist immer groß, wenn er in seiner Lebenslust bleibt, wenn die verborgene Kraft seiner Erinnerung in seine Feder fließt. Menschen und Meer, das sind seine Objekte, sie können ihn hinreißen, aber nicht zu dem großartigen Pinselstrich des pathetischen Dekorationsmalers, nein, Martin Andersen Nexö ist der Dichter der tausend Kleinigkeiten, aus denen sich Menschen- und Naturgeschehen zusammensetzen.

Sein großer Roman „Belle, der Eroberer“, wird von der ganzen Welt gelesen. Erlebte und „erdichtete“ Figuren reichen sich die Hand. Vieles in diesem Roman ist Selbstbiographie, aber dann wächst er aus dem Lebenskreis Nexös heraus, und die ganze unendliche Welt des Proletariats ist aufgetan. „Wie konnte ich überhaupt“, so äußert sich Andersen Nexö, „die Figur Belle schaffen, den Träger der neuen Welt, ohne tief in mich selbst zu greifen? In der Literatur waren alle die großen Schilderungen menschlicher Entwicklung von Bürgerlichen geschrieben — also von den Männern einer sterbenden Zeit —, sie mußten so negativ enden und im Pessimismus münden. Diese Schilderungen waren wenig zufriedenstellend für den, der aus der Tiefe kam und sich erst das Dasein erobern wollte. Meine Schicksalsgefährten und ich hatten noch alles vor uns...“

Der Riese Belle hat eine Schwester: „Stine Menschenkind“. Dieser Roman in fünf Teilen ist nicht nur der Größe nach dem Roman von Belle, dem Eroberer gleichgeordnet. Zum erstenmal in der Literatur gestaltet ein Dichter die Figur des proletarischen Weibes erschöpfend von Kindheit an! Und gerade diese Kindheit,

Konferenz- und Versammlungsberichte

Gaulkonferenz in Schlesien

Am 26. Mai fand in Breslau im Gewerkschaftshaus eine Gaulkonferenz statt. Fast alle Jahrsstellen waren durch Delegierte vertreten. Vom Verbandsvorstand war Kollege Kiel anwesend. Gaulleiter Kollege Langner eröffnete dieselbe und beglückwünschte zunächst die Kollegin Kosalie Gieseler (Peisterwitz) zu ihrem kürzlich stattgefundenen 74. Geburtstag. Seit langen Jahren leitet sie die Jahrsstelle Peisterwitz. Ebenso beglückwünschte er den Kollegen Gustav Tixe (Breslau), welcher am 21. Mai 65 Jahre alt geworden ist. Kollege Kiel überbrachte im Namen des Verbandsvorstandes den bejahrten Geburtstagsglückwünschen die besten Glückwünsche und brachte zum Ausdruck, daß sie noch recht lange in körperlicher und geistiger Frische ihren Lebensabend genießen mögen. Den jungen Mitglieðern empfahl er, in gleicher aufopfernder, unermüdbarer Tätigkeit ihre Pflicht gegenüber unserem Verband zu erfüllen, wie dieses von den beiden Kollegen unter weit schwierigeren Verhältnissen von frühesten Jugend an gesehen sei. Kollege Tixe dankte für die Ehrung und konstatierte, daß wir gegenüber früheren Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung, insbesondere aber auch in unserem Verband ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. In das Bureau wurden die Kollegen Tixe, Langner und Tschuppian, in die Mandatsprüfungskommission die Kollegen Nowak und Karzig gewählt. Kollege Langner ging in seinem Geschäftsbericht auf die besonders schlechte Beschäftigungsmöglichkeit in Schlesien ein, die zum Teil zu größeren Betriebsstillegungen führte. Er berichtete ferner über eine umfangreiche Verhandlungs- und Vertretungstätigkeit. Insbesondere wurden die Bestrebungen der Gaulleitung erwähnt, für alle schlesischen Tabakarbeiter die Zulassung zur Krisenfürsorge durchzusetzen. Leider ist es noch nicht erreicht, dieselbe auf alle Arbeitsamtsbezirke zur Geltung zu bringen. In letzter Zeit ist aber auf seine Initiative die Ausdehnung für die Bezirke Brieg und Glatz ausgesprochen worden. Wenn in dieser oder jener Hinsicht nicht alles zur vollen Zufriedenheit der Kollegenschaft erledigt werden konnte, so liegt es an der Einstellung des Landesarbeitsamtes. Soweit es sich um die Durchführung der tariflichen Bestimmungen handelt, sei es nicht nur notwendig, die Beschwerden der Gaulleitung zu unterbreiten, sondern die Betriebsvertretungen sollen diese zunächst dem Unternehmer unterbreiten, damit der tarifmäÙige Instanzenweg innegehalten wird. Die Jahrsstellenleitungen ersuchte er, die herausgegebenen Fragebogen zu beantworten und pünktlich einzusenden. Anschließend referierte Kollege Kiel über den Verhandlungsgang und das Ergebnis der Tarifverhandlungen in Hamburg. Ausgehend von der Tariffündigung und Unterbreitung der bekannten Forderungen an den R. d. Z., die ergebnislos verlaufenen Verhandlungen in Hannover und Bad Deynhausen, erwähnte er die hartnäckige Gegnerschaft der Fabrikanten, irgendwelche Zugeständnisse zuzugestehen. Nach ihrer Meinung sollte der bestehende Tarif ohne Änderungen um 1 Jahr verlängert werden. Im Reichsarbeitsministerium wurde unter der Bedingung, den Tarif um 2 Jahre zu verlängern, ein für die Arbeiterschaft unannehmbares Zugeständnis in bezug auf Aufbesserung der Löhne gemacht, auch die Hamburger Vereinbarung befriedigt niemand, und hätten es die Verhandlungsteilnehmer unseres Verbandes viel lieber gesehen, wenn unsere Forderungen restlos erfüllt worden wären. Die Zustimmung wurde auch nur deshalb gegeben, um die Kollegenschaft vor größerem Schaden zu bewahren. Die Lohnbifferenzspanne zwischen Kullort und Orten mit Bezirks- und Ortszuschlägen sei durch die neue Regelung verringert. Mit dem Appell, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß nun während der Geltungsdauer der neuen Tarifbestimmungen die restlose Erfüllung derselben durchgesetzt werde, und die Schlagkraft der Organisation durch Gewinnung aller Unorganisierten

dieses erste Kapitel ist es, das „Stine Menschenkind“ hoch hinaushebt über die Bücherproduktion der Zeit. Ähnliches hat nur Käthe Kollwitz geschaffen, die Literatur hat Schöneres und Menschlicheres nicht.

Wenn es zur Herabsetzung Andersen Nexös, dessen Hauptwerke von der Büchergilde Gutenberg in einer stattlichen Volksausgabe herausgebracht werden, gesagt wurde, daß er in all seinen Romanen und Novellen nie den Proletarier loswerde, dann antwortete dieser mit frohem Stolz: „Die Geistesform des Proletariats ist wesensverschieden von der der höheren Gesellschaftsschichten. Das Individuelle ist nicht seine Sache — und auch nicht der Egoismus, dem es oft genug zum Deckmantel dienen muß. Der kleine Mann baut seine geistige Kultur mehr auf Mitwissen als auf Selbstschauung; Mitwissen ist überhaupt das Herrschende bei ihm, sein Wesensmerkmal! Ich habe meinem reichen Anteil an diesem Mitwissen bekommen, und das ist meine Legitimation als Schriftsteller. Meine Fähigkeiten sind überhaupt die der Unterklasse, sie sind aus ihr hervorgegangen und gehören ihr an.“ Das ist die Sprache des modernen Arbeiters, der seit Nexös größtem Roman den Beinamen „Der Eroberer“ trägt. Er trägt ihn nicht mit heldischer Gebärde, aber mit dem Stolz und mit dem berechtigten Selbstbewußtsein dieses Belle, dieses internationalen Arbeiters, der seinen Freunden zuruft: „Genossen! Vielleicht werden wir hier das Neue nicht erleben, aber durch uns soll es einstmals zur Wirklichkeit werden!“

So gefürcht wird, daß bei den zukünftigen Verhandlungen ein größerer Erfolg verzeichnet werden kann, schloß Kollege Kiel seinen interessanten Vortrag. An der Aussprache über beide Referate beteiligten sich die Kolleginnen Schmolke (Breslau), Klipisch (Oblau) und die Kollegen Bultz (Peterswaldau), Nowak (Breslau), Milke (Neufalz), Lesjeng (Wiegeln), Schmidt (Brieg), Ampf (Breslau), Tschuppam (Oppeln). Nowak (Breslau) geht in längeren Ausführungen auf die sich immer mehr zuspitzenden Verhältnisse in der Breslauer Zigarettenindustrie nach Uebernahme in den Neuerburg-Konzern ein, und verlangt bessere Informationen vom Vorstand über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in den Konzernbetrieben in anderen Orten. Aufklärend nimmt Kollege Kiel zu den jetzigen Verhältnissen in der Zigarettenindustrie Stellung und berichtet, daß der Vorstand die Vorgänge in der Zigarettenindustrie mit größter Aufmerksamkeit verfolgte und nichts unversucht lassen werde, die Interessen der Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen nach jeder Richtung hin zu wahren. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen für die Zigarettenindustrie wird von einigen Rednern einer sehr kritischen Betrachtung unterzogen, dabei das Verhalten der Verhandlungskommission voll würdigend. Vereinzelt wurde verlangt, mit allen Mitteln ein Tabakmonopol nach dem Muster anderer Länder anzustreben. Zum Geschäftsbericht wurden Einwendungen und Beanstandungen nicht gemacht. Neben Klärung einiger entstandener Zweifel über die Auslegung tariflicher und arbeitsrechtlicher Bestimmungen wurde die Stellungnahme der Bezirksgruppe Schlesien des R. d. Z. in bezug auf die Ablehnung seiner Mitwirkung bei bezirkschiedsgerichtlichen Entscheidungen in Streitigkeiten bei Nichtmitgliedern des R. d. Z., wenn diese die Kosten verweigern, als gegen die arbeitsgerichtlichen Bestimmungen verstößend bezeichnet und verlangt, daß das Reichsschiedsgericht eine Milderung dieses Zustandes herbeiführen möge. In seinem Schlusswort geht Kollege Kiel näher auf die Monopolfrage ein und präzisiert noch einmal den Standpunkt, den der Nordhauser Verbandstag in dieser Frage eingenommen hat und welcher auch heute noch vertreten wird. Soweit Firmen in Betracht kommen, die dem R. d. Z. nicht angehören und sich weigern, die Zigaretten dem Bezirkschiedsgericht einzuliefern, muß zunächst beim Arbeitsgericht ein Verfahren anhängig gemacht werden, wobei durch die zuständigen Organisationsleiter Gutachten eingefordert bzw. beantragt werden müssen. Kollege Kiel faßte das Ergebnis der Aussprache dahingehend zusammen, daß in der Konferenz zum Ausdruck gekommen sei, daß die Hamburger Vereinbarung keinesfalls Befriedigung ausgelöst habe, daß aber die Verhandlungsteilnehmer ihre volle Pflicht getan haben, um das Beste für unsere Kollegen herauszuholen. Als Beisitzer für das Bezirkschiedsgericht werden die Kollegen Ampf und Tische, und als Ersatzleute der Kollege Langner und die Kollegin Schmolke gewählt. Mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband schloß Kollege Tische die anregende Konferenz.

Bremen. Am Donnerstag, 30. Mai, fand im Volkshaus eine Mitgliederversammlung (Zigarettenherstellung) statt, um Stellung zum neuen Reichstarif in der Zigarettenherstellung zu nehmen. Den Bericht von den Lohnverhandlungen in Hannover und Bad Deynhausen, sowie von den Schlichtungsverhandlungen in Berlin und Hamburg gab der Kollege K i e l vom Hauptvorstand. Redner betonte, daß alle Verhandlungen in Hannover, Bad Deynhausen und Berlin an der Hartnäckigkeit des R. d. Z. gescheitert seien. Erst nach 18tägigen schwierigen Verhandlungen in Hamburg unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister ernannten Schlichters, Herrn Dr. Stenzel, konnten die Tarifstreitigkeiten in der Zigarettenindustrie beigelegt werden. Die erzielten Lohnerhöhungen können durchaus nicht befriedigen, aber angesichts der Verhältnisse in der Industrie blieb den an der Verhandlung teilnehmenden Kollegen keine andere Möglichkeit offen, als dem Ergebnis die Zustimmung zu geben. Alle Verhandlungsteilnehmer, Gauleiter, Verbandsbeirat und Vorstand, haben nur schweren Herzens ihre Zustimmung geben können. Der neue Reichstarif für die Zigarettenherstellung gilt auf zwei Jahre. In diesen zwei Jahren werden wir voraussichtlich Waffenstillstand haben. Diese Zeit müssen wir natürlich benutzen, um unsere Organisation zu stärken, um so für kommende Kämpfe gerüstet zu sein. — In der sehr regen Aussprache brachten einige Kollegen ihre Empörung zum Ausdruck über die Haltung des Unternehmers gegenüber der Notlage der Zigarettenarbeiter. Kollege Warnken war der Meinung, daß ein anderer Weg beschritten werden müsse, sonst würden immer nur derartige traurige Ergebnisse erzielt werden. Das heutige System der Tarifpolitik sei nicht das Richtige. Kollege Wenzel vom Hauptvorstand stellte fest, wenn auch das Ergebnis nicht befriedigend sei, so bedeute es doch immerhin einen Fortschritt. Notwendig sei, daß die gesamte Kollegenschaft sich aktiver an der Lohnbewegung beteilige, als wie das bisher der Fall gewesen sei. Sehr große Beachtung fanden die Ausführungen des Kollegen Karl Deichmann in bezug auf gewerkschaftliche Tätigkeit. Insbesondere wandte sich Deichmann sehr scharf gegen die Ausführungen des Kollegen Warnken, der das heutige System der Tarifpolitik beseitigen wolle, aber keine Vorschläge mache, wie anders gearbeitet werden könne. Wie sei es denn gewesen, ehe wir Tarifpolitik betrieben hätten? Da hätten wir wohl hier und da durch Lohnbewegungen, Streiks uvm. einige Lohnfolge erzielt, die aber immer nur für einen Betrieb oder höchstensfalls für einen Ort galten. Wenn wir uns schließlich die Geschichte richtig besahen, dann waren die Erfolge durch Einführung neuer Sorten uvm. wieder zerschlagen. Erst durch die Tarifpolitik konnten wir dauernde Erfolge buchen, und vor allen Dingen wurden diese Erfolge für die Zigarettenarbeiter ganz Deutschlands erzielt. Nach seiner Ansicht sei es das richtige, Tarifpolitik zu betreiben. Eine von dem Kollegen Weiß eingebrachte Resolution, die sich in ihrem Inhalt u. a. auch gegen die Verhandlungsleitung aussprach, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Kiel fand die sehr interessante Versammlung ihr Ende.

Bünde. Am 28. Mai fand die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Bünde im Saale des Gewerkschaftshauses (L. Siefer) in Bünde statt. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege M e n k e erläuterte in längeren Ausführungen den neu getätigten Tarif in der Zigarettenherstellung. Im besonderen wies er auf die Schwierigkeit in der Industrie hin. Die lange Dauer der Arbeitslosigkeit hätte außerordentlich hemmend auf den Verhandlungsweg eingewirkt. Die ersten Verhandlungen hätten schon vor längerer Zeit in Hannover und dann später in Bad Deynhausen stattgefunden. Da keine Einigung erzielt worden sei, wäre das Schlichtungsverfahren beim Reichsarbeitsminister beantragt worden. In den ersten Schlichtungsverhandlungen in Berlin habe man sich über eine entsprechende Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht einigen können, auch sei ein Schiedspruch seitens des Schlichters nicht gefällt worden. Auf Grund der Schlichtungsordnung habe der Reichsarbeitsminister das zweite Schlichtungsverfahren Herrn Dr. Stenzel aus Hamburg als unparteiischen Vorsitzenden übertragen. Auch hier sei zunächst keine Einigung erzielt worden. Es wurde dann eine Schlichterkammer gebildet, an der drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer teilnahmen. Nach längeren schwierigen Verhandlungen habe man sich auf das schon im „Tabak-Arbeiter“ veröffentlichte Ergebnis geeinigt. Kollege Menke ging dann im einzelnen auf den Tarif ein und betonte, daß bei diesen Abmachungen bei weitem nicht den Bedürfnissen mit Bezug auf Lohnaufbesserung Rechnung getragen worden sei. Er bedauerte das schlechte Ergebnis, welches gewiß keinen organisierten Tabakarbeiter befriedigen könne. Kollege H ü f f m e i e r ergänzte und erläuterte dann noch eine Reihe von grundsätzlichen Fragen und betonte dabei, daß man es wohl verstehen könne, wenn die Tabakarbeiter mit diesen Abmachungen nicht zufriedengestellt wären. Auf Grund der schlechten Geschäftslage ist es unseren Kollegen am Verhandlungstisch aber nicht möglich gewesen, ein besseres Resultat zu erzielen. — In der Diskussion nahm eine Reihe von Kollegen das Wort und sprachen einmütig ihr Bedauern aus, daß der Tarif erneut auf zwei Jahre verlängert sei. Vor allem wurde der Wunsch geäußert, daß die Ablaufzeit des Tarifs nicht am 31. März, sondern am 30. September sein müsse. Mit schwerem Herzen müsse man sich aber mit diesem Ergebnis abfinden. Unter Punkt „Verchiedenes“ wurde Klage geführt, daß den aus Rollen gekommenen Tabakarbeitern bei der Firma Blase, Filiale Südlengern, nicht der Tariflohn gezahlt werde. Es scheint, als ob die Unternehmer eine neue Methode einführen wollen, da bereits eine Reihe anderer Firmen dieselbe Maßnahme angeflügelt haben. Beschlossen wurde, gegen die obgenannte Firma den Arbeitsvertrag beim Arbeitsgericht einzulagen. Kollege Hüffmeier bemängelte, daß in einigen Betrieben die Betriebsratswahl noch nicht erfolgt sei. Er ersuchte dringend, alle gewählten Betriebsratsmitglieder dem Bureau zu melden. Mit einer kräftigen Aufforderung zur Mitarbeit an den Organisationsbestrebungen der Tabakarbeiter wurde die Versammlung geschlossen.

Literarisches

Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von Julius Deutsch. Erster Band: Von den Anfängen bis zur Zeit des Weltkrieges. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorfer Straße 18. 470 Seiten. Geheftet 9,50 RM., Leinen 11 RM.

Vor zwanzig Jahren erschien die erste Auflage der „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“. Sie war rasch vergriffen und im Buchhandel viele Jahre lang nicht zu haben. Nun hat sich der Verlag zu einer Neuherausgabe des Werkes entschlossen, das durch den Autor eine vollständige Umarbeitung und reichliche Ergänzung erfahren hat. Die „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“ umfaßt nunmehr zwei Bände. Für den ersten Band, der dieser Tage erschienen ist, gelten ganz gewiß in vollem Umfange die Worte, mit denen einst Victor Adler die erste Auflage des Buches einbegleitete. Er schrieb:

„Julius Deutsch hat mit großem Fleiß (und Spürsinn) ein reiches, vielfach schwer zu beschaffendes Material zusammengetragen und es mit Verständnis überschichtlich zu ordnen und zu einem geschlossenen Bilde zu verarbeiten gewußt. Selbsterständlich war die Geschichte der Gewerkschaften nicht zu schreiben, ohne überall ihren Zusammenhang mit der politischen Bewegung darzustellen, und so ist dieses Buch notwendigerweise auch ein Stück Parteigeschichte geworden.“

Mit einer interessanten Beschreibung der Bruderschaften und Knappschaftsvereine des Mittelalters beginnend, führt uns die lebendig gehaltene Darstellung in die Zeit des Vormärzes. Und nun ziehen in bunter Reihe die wechselvollen Ereignisse des 19. Jahrhunderts an uns vorüber: Die Arbeiterbewegung des Jahres 1848, dann die Gegenrevolution, die Kämpfe der Kassallaner, der industrielle Aufschwung der Siebziger Jahre, der mit dem großen Börsenkrach von 1873 endete, die Auseinandersetzungen zwischen „Radikalen“ und „Gemäßigten“, die leidenschaftlichen Wahlrechtskämpfe und alle die anderen oft dramatischen Begebenheiten. Besonders aufschlußreich sind die Schilderungen der Gewerkschaftskämpfe in den neunziger Jahren, die so recht eigentlich der Ausgangspunkt der späteren Erfolge gewesen sind. Schließlich läßt uns die Beschreibung der neueren Zeit, die dem Weltkrieg voranging, erkennen, daß eine Reihe von Problemen, mit denen sich die österreichische Arbeiterklasse jetzt beschäftigt, ihre Wurzel schon in den Vorgängen dieser Epoche haben.

Das neue Werk von Julius Deutsch wird, dessen sind wir gewiß, nicht minder aufmerksame Leser finden, wie die seinerzeitige erste Auflage. Durch die Fülle des Materials, die sorgfame Auswahl wichtiger Dokumente, vor allem durch die leichtverständliche und gefällige Art der Darstellung nimmt es schon nach den ersten Seiten den Leser gefangen.

Bestellungen übernimmt jede Buchhandlung, sowie der Verlag.